

Aus Bund und Ländern

Eine Million Bürger arbeiten „schwarz“

BONN. Die sogenannte Schwarzarbeit zählt zu den „dynamischsten“ Wirtschaftszweigen der Bundesrepublik. Nach einem Bericht, den der FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck (Höchstädt an der Donau) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt hat, arbeiten regelmäßig mehr als eine Million Bundesbürger „schwarz“.

1984 belief sich der Umsatz der Schwarzarbeit auf schätzungsweise 150 Milliarden DM. 1975 lag der Umsatz erst bei 50 Milliarden DM. Die Schattenwirtschaft hat 1984 einen Steuerausfall von 50 Milliarden DM und einen Ausfall an Sozialabgaben von 30 Milliarden DM verursacht. Am stärksten, so der Grünbeck-Bericht, tummeln sich Schwarzarbeiter im Bau- und Kraftfahrzeug-Handwerk. Ferner führt der Bericht die „Schwarzgastronomie“ als einen wesentlichen illegalen Grauzonenbereich der Dienstleistungswirtschaft an.

Um die Schwarzarbeit besser zu bekämpfen, schlägt der Bericht eine Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vor. Auch müsse eine bessere Abgrenzung der Selbst- und Nachbarschaftshilfe vorgenommen werden. EB

NS-Urteile über Zwangssterilisation aufheben

MARBURG. Die „vollständige rechtliche und moralische Rehabilitation“ der Opfer des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ hat die Bundesvereinigung Lebenshilfe in einem Brief an die Bundestagsabgeordneten gefordert. Der Gesetzgeber solle die Entscheidungen der NS-Erbgesundheitsgerichte für nichtig erklären, mit denen über 350 000 Menschen als „minderwertig“ erklärt und zwangsweise sterilisiert worden waren. EB

Ausland

Objektive Arzneimittelinformation -- weltweit

MADRID. Ende Mai trafen sich auf Einladung des spanischen Gesundheitsministeriums und der WHO die Herausgeber unabhängiger Arzneimittelinformationsdienste aus Australien, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, aus Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Italien, Japan, Jugoslawien, den Niederlanden, Panama, aus der Schweiz, Singapur, Spanien, Ungarn und aus den Vereinigten Staaten in Madrid. Nach einem eintägigen Erfahrungsaustausch, bei dem sich die Probleme objektiver Arzneimittelinformation in allen Ländern als

nahezu gleich herausstellten, berichteten spanische Kollegen über mehrere gute regionale und überregionale Informationsdienste. Da der spanische Arzneimittelmarkt zwar weniger umfangreich, aber ebenso liberal wie der deutsche ist, ergaben sich aufschlußreiche Vergleiche.

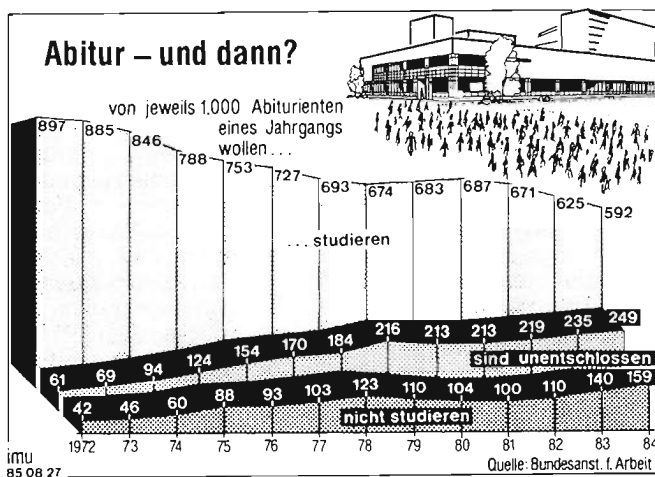
Am letzten Tage wurde nahezu einstimmig beschlossen, eine internationale Gesellschaft für unabhängige Arzneimittelinformationsdienste zu gründen. In den vorbereitenden Ausschuß wurde neben Vertretern Großbritanniens, Italiens, Japans, Panamas und der Schweiz auch der Herausgeber der „Arzneiverordnung in der Praxis“ der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft gewählt. KHK

Krankenhausketten offerieren eigene Versicherungen

WASHINGTON. Seit etwa einem Jahr bieten die großen privaten Krankenhausketten eigene private Krankenversicherungen an; es soll bereits etwa eine Million Versicherte geben, und Fachleute sagen voraus, daß sich das amerikanische Krankenversicherungssystem in wenigen Jahren durch diese neue Entwicklung vollkommen verwandeln wird. Dies könnte vor allem zu Lasten der gemeinnützigen Versicherungssysteme wie Blue Cross und Blue Shield gehen, obwohl ein Anstoß für diese Entwicklung auch darin gesehen wird, daß die Regierung in den staatlichen Systemen Medicare und Medicaid neue Abrechnungssysteme einführt und die Mittel kürzt. Bei Medicare, der staatlichen Versicherung für alte Menschen, wurden gerade wieder 225 Millionen

Dollar aus dem Etat für Gesundheitserziehung und häusliche Krankenpflege gestrichen.

Den privaten Krankenhausketten wird allerdings auch unterstellt, sie wollten mit ihren eigenen Versicherungen vor allem die eigenen Betten füllen. Dies wird dadurch erreicht, daß die Versicherungen für die Benutzer eigener Krankenhäuser höhere Leistungen gewähren. Die Hospital Corporation of America zum Beispiel ersetzt ihren Versicherten Krankenhausleistungen bis zum Wert von 250 000 Dollar; gehen die Versicherten aber in eines der 360 Krankenhäuser des Unternehmens, so steigt diese Höchstgrenze auf 500 000 Dollar. Die Humana Corporation, die 84 Krankenhäuser besitzt, erläutert dazu, eine solche unterschiedliche Höchstgrenze sei durchaus gerechtfertigt: In den eigenen Krankenhäusern könne man weit besser für sparsames Wirtschaften sorgen. gb



Von fast 90 auf knapp 60 Prozent abgenommen hat innerhalb von 12 Jahren der Anteil der Abiturienten, die ein Studium aufnehmen wollen. Bei Abiturientinnen ist der Rückgang noch höher. Besonders bedenklich erscheint die Tatsache, daß jeder vierte Abiturient unentschlossen ist, ob er von seiner Hochschulreife Gebrauch machen soll oder nicht. Anfang der siebziger Jahre waren es lediglich 6 Prozent gewesen Grafik: imu